

Warum bei der
Mandatsverlängerung
dringend drei Ja-Stimmen
gebraucht werden

Afghanistan zwischen Wiederaufbau und Krieg

Babak Khalatbari

Sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart hatte und hat Deutschland ein starkes Interesse an der Stabilisierung Afghanistans gezeigt. Ziele dieser angestrebten Stabilisierung sind die Stärkung und der Ausbau der Sektoren Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit, good governance, Bildung und eine soziale wie wirtschaftliche Entwicklung. Obwohl in vielen dieser Felder mit großem Einsatz Beachtliches geleistet wurde, wird die afghanische Gesellschaft und mit ihr die internationale Gemeinschaft in Zukunft noch vor gewaltigen Herausforderungen stehen. Zum einen, weil sich die Sicherheitslage speziell im Süden und Osten des Landes verschlechtert hat, und zum anderen, weil die vor sechs Jahren geweckten Erwartungen auf internationaler und afghanischer Seite teilweise zu ambitioniert und daher unrealistisch waren.

Das Ergebnis dieser Analyse konfrontiert den Betrachter mit der Tatsache, dass die gegenwärtige Lage in Afghanistan ernst, aber nicht aussichtslos ist. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird man mehr Zeit und weitere Ressourcen benötigen, denn wenn man sich mit der Topografie Afghanistans, der Historie des Landes, der Ethnizität, den ungelösten Grenzstreitigkeiten mit angrenzenden Nachbarstaaten, der Drogenökonomie und dem Wirken der Talibanbewegung auseinandersetzt, wird schnell klar, dass es für ein Land wie Afghanistan keine Komplettlösung für alle Probleme geben kann.

Die internationale Gemeinschaft plante auf zahlreichen Geberkonferenzen die Zukunft Afghanistans. Das Land unternahm wichtige Schritte im staatlichen Institutionenbildungsprozess, aber auch im Bildungsbereich. Im Jahr 2001 gingen nur rund 800 000 Kinder zur Schule, heute besuchen in Afghanistan über fünf Millionen Jungen und Mädchen Bildungseinrichtungen. Ferner wurde im Januar 2004 die afghanische Verfassung verabschiedet, im Oktober 2004 der Präsident und im September 2005 das Parlament gewählt. Rund zwei Jahre nach den Parlamentswahlen scheint nun auch in der afghanischen Nationalversammlung ein typisches Problem zutage zu treten: der Antagonismus von Strukturen und Akteuren. Institutionen sind geschaffen worden, aber man vermochte es nicht, sie mit Leben zu füllen.

Zunehmend zivile Opfer

Im afghanischen wie auch im deutschen Parlament redet man derzeit viel über Soldaten. Obwohl es sich in beiden Ländern um das gleiche Thema dreht, sind die Inhalte oftmals sehr verschieden. In der afghanischen Nationalversammlung heißt das Thema „Afghanistan und die ausländischen Soldaten“, und man beschäftigt sich seit Oktober 2006 immer mehr mit den Kollateralschäden militärischer Operationen und dem rasanten Anstieg der Zahl ziviler Opfer. Dies ist in Afghanistan ein relativ neues Phänomen, denn die Taliban haben durch die im Süden und Osten des Landes praktizierte Offensivtaktik der

International Security Assistance Force (ISAF) schnell erkannt, dass man es mit einem mächtigen Gegner zu tun hat. Daher agiert man lieber aus dem Hinterhalt in Form von Selbstmordattentaten.

Die Angriffsstrategie der Taliban kalkuliert kühl zivile Opfer ein. Gezielt werden Bombenanschläge und Angriffe so genutzt, dass bei den Verbänden von ISAF und *Operation Enduring Freedom* (OEF) aus Sicherheitsgründen immer größere Distanz zu afghanischen Zivilisten gesucht werden muss. Die Taktik der militanten Oppositionskräfte, sich nach Angriffen in bewohnte Gebiete zurückzuziehen, um dann die Zivilbevölkerung zum eigenen Schutz zu nutzen, wird die internationalen Schutztruppen in nächster Zeit vor ein schwieriges Problem stellen. Ebenso der einseitige Propagandakrieg mit den zivilen Opferzahlen. Für das weitere Vertrauensverhältnis zwischen der afghanischen und der internationalen Seite ist es wichtig, sich aktiv für die unbedingte Verminderung von Kollateralschäden einzusetzen.

Skrupellose Taktik

Der feige Anschlag auf Angehörige einer deutschen Bundeswehrpatrouille im Juni dieses Jahres in Kunduz, bei dem nicht nur drei Deutsche umkamen, sondern dem auch zahlreiche afghanische Zivilisten zum Opfer fielen, hat die skrupellose Taktik der Taliban demonstriert: Zuschlagen, wann immer sich die Möglichkeit bietet. Es ist daher nachzuvollziehen, dass die Nerven der internationalen Soldaten aufgrund der verschärften Bedrohungslage angespannt sind. Sicherlich kommt keiner von ihnen nach Afghanistan, um dort vorsätzlich sein Leben zu lassen. Dieses tun eher die nicht uniformierten Attentäter der Taliban, die voll besetzte Busse in die Luft sprengen, vor Ministerien Bomben legen oder mit ihren durchgeladenen Kalaschnikows auf die aus Schulen kommenden Mädchen war-

ten, wie es letzten Monat in der Provinz Loghar der Fall war.

Die einzelnen Mandate

Auf der deutschen Seite heißt das Parlamentsthema „Soldaten für Afghanistan“, und speziell die Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Land am Hindukusch sowie das Thema innere Sicherheit erhitzen derzeit die Gemüter in Berlin. Im Wesentlichen geht es um die folgenden drei Mandate und die jeweiligen Optionen einer Verlängerung oder Nichtverlängerung:

Die Grundlage der von den USA geführten Mission *Operation Enduring Freedom* (OEF) sind die Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) sowie der Artikel 51 der VN-Charta und der Artikel 5 des NATO-Vertrages zu gegenseitigem Beistand. Es beteiligen sich zwanzig Nationen mit Beiträgen zur OEF, davon siebzehn in Afghanistan. Der Deutsche Bundestag beschloss die Beteiligung an der OEF erstmals am 16. November 2001. Derzeit umfasst das Mandat die Bereithaltung von fünfundzwanzig Sanitätskräften, hundert Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) sowie Seestreitkräften im Einsatz am Horn von Afrika.

Die Grundlage für das Entstehen der *International Security Assistance Force* (ISAF) basiert auf der Bonner Vereinbarung über den Wiederaufbau Afghanistans vom Dezember 2001. Relativ zeitnah, am 20. Dezember 2001, beschloss der VN-Sicherheitsrat die Aufstellung einer solchen Truppe, und am 22. Dezember 2001 beschloss der Deutsche Bundestag erstmals die Beteiligung deutscher Streitkräfte an dieser von den VN mandatierten Mission. Die 37 teilnehmenden Staaten sind von den VN ermächtigt worden, alle zur Erfüllung ihres Mandates notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Im Ernstfall kann dies für die rund 36 000 Soldaten, von denen etwa 3000 aus Deutschland

stammen, auch die Beteiligung an Kampfeinsätzen gegen militante oder kriminelle Gegner der ISAF-Schutztruppe bedeuten.

Ferner fliegen seit dem 15. April 2007 Tornado-Aufklärungsjets der Bundeswehr über Afghanistan. An direkten Kampfhandlungen sind die sechs Maschinen allerdings nicht beteiligt. Das derzeitige Bundestagsmandat ist für ISAF und Tornados bis zum 13. Oktober 2007 befristet. Im Herbst dieses Jahres wird der Deutsche Bundestag daher über die Verlängerung der drei Mandate zur Beteiligung an OEF und ISAF sowie den weiteren Einsatz der Tornado-Aufklärungsjets entscheiden.

Krieg gegen die Taliban

Die radikalen Extremisten scheinen im Wettstreit um die Interpretationshoheit über den Islam neuerdings auch mit der intensiven Verbreitung von Angst, Schrecken und Gewalt die moderaten Kräfte zur Kapitulation zu zwingen. Hierbei gilt zu beachten, dass der schleichende Feldzug der Taliban, der mit der zeitweisen Rückeroberung mancher Regionen verbunden ist, auf keiner Landkarte beginnt. Er startet in den Köpfen der Einwohner auf dem Land. Dieser Tage beginnt die geistige Unterwanderung auch die Städte zu erreichen. Mit den Mitteln des Zwanges, der Einschüchterung, aber auch mancherorts mit denen der Sympathie. Die *Kabuler Resolution* zur Ächtung des Selbstmordattentats als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Islam stellt nur den Anfang eines notwendigen gesellschaftlichen Diskurses dar, der für die Zukunft Afghanistans ebenso wichtig ist wie die Debatte um Sicherheits- und Entwicklungspolitik (siehe www.kas.de, Suchbegriff „Kabuler Resolution“). Dass die Konrad-Adenauer-Stiftung in diesen schwierigen Zeiten den moderaten Islamtheologen in Form von gemeinsamer Projektarbeit beisteht, ist angesichts der sich im Rahmen der Islamkonferenz in Deutsch-

land entwickelnden Annäherung zwischen dem Staat und hier lebenden Muslimen ein wichtiges innen- wie außenpolitisches Zeichen. Es signalisiert, wie ernsthaft ein nicht muslimisches Land um den Dialog mit den gesprächsbereiten Theologen der islamischen Welt bemüht ist. Dem Zusammenspiel von Sicherheits- und Entwicklungspolitik wird in Afghanistan nicht ohne Grund ein großer Stellenwert zugerechnet, denn langfristig wird das eine ohne das andere keinen Bestand haben (siehe Christian Ruck und Babak Khalatbari, „Fünf Jahre nach den Taliban – aktuelle Entwicklungen am Hindukusch“, in: *Auslandsnachrichten* 1/2007, Seiten 72–91). Die Vorkommnisse der letzten Wochen und Monate zeigen, dass in dieser Gleichung vielleicht noch eine dritte Variable ins Spiel kommen könnte, nämlich die der gesellschaftlich-religiösen Identität. Solange das vorhandene Spannungsverhältnis zwischen Modernität und Tradition in Afghanistan nicht angegangen und in diesem Kontext das Thema Religion gesellschaftspolitisch nicht stärker mit eingebunden wird, werden die islamistischen Extremisten jeden Tag mehr Macht erlangen und letzten Endes vielleicht tatsächlich den längeren Atem haben. Das Durchtrennen dieses gordischen Knotens sollte Priorität genießen, ansonsten droht eventuell die Gefahr, dass die Taliban das Land am Hindukusch ein zweites Mal zur Geisel nehmen könnten.

Empfehlungen zur Entscheidungsfindung

Die Lage wird für den jungen demokratischen Staat in Zukunft nicht einfacher. Er wird in den kommenden Monaten und Jahren zugleich mit anspruchsvollen Aufgaben und großen Hindernissen konfrontiert werden. Der *London Compact*, den die afghanische Regierung und die internationale Gemeinschaft am 1. Februar 2006 unterzeichneten, betont die Schwerpunktbereiche Sicherheit, soziale

und wirtschaftliche Entwicklung, Drogenbekämpfung sowie Institutionenbildung. In vielen Bereichen wies der afghanische Staat erhebliche Defizite auf. Daher muss dringend evaluiert werden, wie man diese Problemfelder effizienter angehen kann. Von Vorteil wäre es auch, wenn in Zukunft Ziele realistischer formuliert und ausreichende Kapazitäten für ihre Realisierung zur Verfügung gestellt würden. Dies wird für einen begrenzten Zeitraum auch bedeuten, das deutsche Engagement zu intensivieren. Mindestens genauso wichtig ist die Versicherung der generellen Bereitschaft, an dem „Projekt Afghanistan“ festzuhalten und sich gegenüber der afghanischen Seite nicht durch Ausstiegsszenarien zu diskreditieren. Hierbei kommt den jeweiligen Parlamenten eine gewichtige Sonderrolle zu. Im Deutschen Bundestag wird man sich im Herbst 2007 den drei folgenden Fragen stellen müssen:

Erstens: Warum eine Verlängerung oder Ausweitung des ISAF-Mandates?

ISAF kann als das stabilisierende Rückgrat des fragilen afghanischen Staates beschrieben werden. Sollten die ISAF-Truppen kurz- bis mittelfristig abgezogen werden, droht mit großer Wahrscheinlichkeit das ganze afghanische Staatswesen zusammenzubrechen. Dies hätte verheerende Folgen nicht nur für die Bevölkerung und für die gesamte Region, sondern auch für die Zielregionen des internationalen islamistischen Terrors, und das sind speziell die USA und Europa. Das Signal, das durch eine ausbleibende Mandatsverlängerung 2007, 2008 oder später entstände, würde sicherlich zusätzlich den Radikalislamisten „politische Morgenluft und neue Antriebskraft“ verschaffen, ganz abgesehen von der bündnispolitischen Blamage. Deutschland wird international wie in Afghanistan durch sein außenpolitisches Auftreten unter Kanzlerin Merkel als starker

Partner wahrgenommen. Diesen hart erarbeiteten Ruf würde man schnell einbüßen. Zudem hat sich die Bundeswehr bislang im Norden Afghanistans durch ihren zivil-militärischen Ansatz profiliert und sich sehr gut aufgestellt. Zu guter Letzt darf nicht vergessen werden, dass Deutschland nach den USA und Großbritannien der drittgrößte ISAF-Truppensteller ist. Die Nichtverlängerung des ISAF-Mandats würde somit für ISAF den Anfang vom Ende darstellen.

Zweitens: Warum eine Verlängerung des OEF-Mandates?

Auch weiterhin befindet man sich in Afghanistan so wie in vielen anderen Staaten im Kampf gegen den Terror. Die US-geführte *Operation Enduring Freedom* wird aus diesem Grund so lange benötigt, bis die Urheber der Anschläge vom 11. September 2001 festgesetzt werden können und die generelle Terrorbedrohung neutralisiert ist. Nur schwerlich ist vorstellbar, dass ein Ausscheren Deutschlands aus dem OEF-Mandat ohne politischen Flurschaden bleibt. Die zu erwartende Folge wäre eine erneute transatlantische Verstimmung und ein Vertrauensverlust bei Bündnispartnern innerhalb der NATO. Zusätzlich könnten bei der Nichtverlängerung des OEF-Mandates deutsche ISAF-Truppen für Operationen in Afghanistans Süden angefordert werden. Man sollte bei der Mandatsentscheidung genau zwischen Kosten und Nutzen abwägen und sich auf die Stärken der Bundeswehr im Norden besinnen. Die klare Trennung von Kampfeinsätzen gegen Terroristen im Süden und der zivil-militärischen Wiederaufbau-Mission im Norden des Landes würde durch eine Nichtverlängerung des OEF-Mandates zum einen bei vielen Afghanen für Unverständnis sorgen und zum anderen weiter den Deutschland-Bonus der Bundeswehr am Hindukusch reduzieren.

Drittens: Warum eine Verlängerung des Tornado-Einsatzes?

Die NATO beantragte kürzlich bei der Bundesregierung die Verlängerung des Tornado-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan. Wegen der veränderten Sicherheitslage adressierten zweiundzwanzig Mitglieder des amerikanischen Senats in einem Schreiben an NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer die Botschaft, dass die Lasten des Einsatzes in Afghanistan gleichmäßiger unter den NATO-Mitgliedern zu verteilen seien. Aufgrund der Bündnispolitischen Verpflichtung gegenüber altbewährten Partnern, der Tatsache, dass im umkämpften Süden Hilfe in Bezug auf die Luftaufklärung benötigt wird sowie der exponierten Stellung der Tornados für den Einsatz in Afghanistan sollte dem weiteren Einsatz der Tornados zugestimmt werden.

Bei den im Oktober 2007 anstehenden Entscheidungen sollte trotz der verschiedenen politischen Auffassungen von allen Entscheidungsträgern bedacht werden, dass alle Bemühungen um den Wiederaufbau und die Demokratisierung Afghanistans bei einem verringerten oder gar ausbleibenden Engagement verge-

bens gewesen sein könnten. Deutsche Soldaten, Diplomaten und Entwicklungshelfer würden dann, im schlimmsten aller Fälle, vor den Trümmern ihrer langjährigen Arbeit stehen. Zudem würde ein Rückzug auf der einen Seite Afghanistan in eine humanitäre Katastrophe stürzen und auf der anderen Seite die NATO vor eine Zerreißprobe stellen.

Selbst nach den Abstimmungen zu den Mandatsverlängerungen im Herbst 2007 werden wohl obige Themen die Große Koalition weiter beschäftigen. Um deutscher Außenpolitik keinen Schaden zuzufügen, sollte das Thema Afghanistan nicht zur innenpolitischen Profilierung missbraucht werden. Entsprechende Äußerungen haben schon in der Vergangenheit in Afghanistan zu ungewöhnlichen Kommentaren geführt. So ließ ein Vertreter des afghanischen Außenministeriums nach der Bestätigung des Todes von Talibanfeldkommandeur Mullah Dadullah wissen, dass es nun einen Gesprächspartner weniger für SPD-Chef Kurt Beck gebe. Dieser schlug bei seinem vorher erfolgten Afghanistanbesuch vor, sich mit den Taliban an einen Tisch – oder besser gesagt „auf einen Teppich“ – zu setzen.

Notwendiger Einsatz

„Wenn der Afghanistan-Einsatz dermaßen unpopulär ist, liegt das offenkundig an einem falschen Verständnis des dortigen Engagements. Die Soldaten stehen dort eben nicht ausschließlich in altruistischer Mission, um Brunnen zu bohren, Schulen zu bauen und zumal Mädchen wieder Zugang zur Bildung eröffnen zu lassen. Das sind nur – fast unschätzbar wertvolle – Nebeneffekte eines militärischen Einsatzes, der in erster Linie egoistischen Motiven des Westens folgt und damit dem nationalen Interesse entspringt. Der damalige Verteidigungsminister Peter Struck hat zu Recht gesagt, die Verteidigung Deutschlands beginne am Hindukusch. Tatsächlich würde ein Afghanistan, aus dem die Nato abzöge, nicht nur zurück in die Taliban-Steinzeit fallen sondern es würde auch wieder primäres Ausbildungscamp des islamistischen Terrorismus. Dieser Terrorismus würde Städte und Menschen des Westens ins Visier nehmen. Wer das verhindern will, darf das Engagement in Afghanistan nicht in Frage stellen.“

Ansgar Graw am 25. Juli 2007 in *Die Welt*